

Saarbrücken, den 16. Mai 2020

PRESSEMITTEILUNG

Lösung der Altschuldenfrage endlich in Sicht – Saarländische Städte und Gemeinden begrüßen Vorschläge des Bundesfinanzministers zum „Kommunalen Solidarpakt“

Hoherfreut zeigen sich der Präsident des Saarländischen Städte- und Gemeindetages, Bürgermeister Hermann Josef Schmidt, Tholey sowie der stellvertretende Präsident, Oberbürgermeister Jörg Aumann, Neunkirchen, über die Ankündigung von Bundesfinanzminister Scholz, mit einem „Kommunalen Solidarpakt“ die Städte und Gemeinden in der Corona-Krise massiv zu unterstützen.

Nach dem Vorschlag des Bundesfinanzministers soll der Bund zum einen den Kommunen die Gewerbesteuerausfälle - zusammen und je zur Hälfte mit den eigentlich verantwortlichen Ländern - ersetzen. Zum anderen wird der Bund die Hälfte der Altschulden der Kommunen übernehmen.

Schmidt und Aumann begrüßen ausdrücklich den Vorschlag von Minister Scholz zur Erstattung der Gewerbesteuerausfälle. Nach der neuen Steuerschätzung müssen die saarländischen Kommunen im Jahr 2020 von Steuermindereinnahmen in Höhe von 165 Mio. Euro und im Jahr 2021 in Höhe von ca. 90 Mio. Euro im Vergleich zur Novemberschätzung 2019 ausgehen. Diese Mindereinnahmen machen sich insbesondere bei der Gewerbesteuer bemerkbar. Die Kommunen können diese Ausfälle nicht aus eigener Kraft kompensieren, daher sichert der Vorschlag die Handlungsfähigkeit und die Investitionskraft der Kommunen.

Neben der Erstattung der Gewerbesteuer ist insbesondere die angekündigte Übernahme der Altschulden für die saarländischen Kommunen ein großer Erfolg. Nachdem das Land im Rahmen des Saarlandpaktes die eine Hälfte der Altschulden bereits übernommen hat, könnte mit der Übernahme der anderen Hälfte durch den Bund die Altschuldenfrage der saarländischen Städte und Gemeinden endlich gelöst werden. Sofern der Vorschlag des Bundesfinanzministers umgesetzt wird, wird dies einer der wichtigsten Wendepunkte für eine positive Entwicklung der kommunalen Finanzen im Saarland sein. Für Schmidt und Aumann ist der heutige Tag daher ein besonderer Moment:

„Der gemeinsame Kampf der saarländischen kommunalen Familie für eine Lösung der Altschuldenfrage und für eine finanzielle Unterstützung des Bundes bezüglich der Auswirkungen der Corona-Krise hat sich gelohnt. Seit mehr als zwei Jahren setzen sich die saarländischen Städte und Gemeinden bei der Bundesregierung und bei der Landesregierung für diese Lösung ein. In zahlreichen Gesprächen, Schreiben und – als Höhepunkte – in zwei gemeinsamen Demonstrationen in Berlin haben die saarländischen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister immer wieder auf die besondere finanzielle Situation der saarländischen Kommunen hingewiesen und an die Solidarität des Bundes appelliert, den Saar-Kommunen zu helfen.“, so Schmidt und Aumann. „Nachdem das Saarland mit dem Saarlandpakt das seine getan hat, stehen wir mit dem Vorschlag von Minister Scholz nun kurz davor, unser Ziel endgültig zu erreichen. Dies erfüllt uns mit Freude, Stolz, aber auch Dankbarkeit gegenüber allen, die uns in dieser Frage unterstützt haben. Dies schließt insbesondere auch die Landesregierung mit ein, die sich auf Bundesebene für die Interessen der Saar-Kommunen eingesetzt hat,“ führen Schmidt und Aumann weiter aus.

Zum Abschluss appellieren Bürgermeister Schmidt und Oberbürgermeister Aumann an die Bundesregierung und die Landesregierung, den Vorschlag des „Kommunalen Solidarpaktes“ nun zügig umzusetzen, damit die kommunale Seite in der Corona-Krise handlungsfähig bleibt und die kommunalen Finanzen im Saarland in eine gesicherte Zukunft gehen können.